A1 Solidarität mit der Ukraine!

Gremium:	LaVo
Beschlussdatum:	04.03.2022
Tagesordnungspunkt:	6. Aktuelle Debatte

Antragstext

Solidarität mit der Ukraine!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilen auf das Schärfste den völkerrechtswidrigen und menschenverachtenden Einmarsch Russlands in die Ukraine. Gemeinsam mit allen demokratischen Kräften in Deutschland, Europa und aller Welt bekunden wir unsere Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und stehen an ihrer Seite.

Unsere Gedanken sind bei den Opfern, die dieser Angriffskrieg bereits gefordert hat und noch fordern wird. Unsere Solidarität und Unterstützung gilt auch den mutigen Menschen der russischen Zivilgesellschaft, die sich unter der Gefahr der Verhaftung und jahrelanger Haftstrafen offen gegen die Politik des Putin-Regimes stellen.

Als Bündnisgrüne stehen wir auf allen Ebenen für den Frieden und die Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen ein. Wir begrüßen die Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen, die den Angriff verurteilt und Russland auffordert, die Gewaltanwendung unverzüglich einzustellen. Nur 4 von 181 teilnehmenden Staaten haben neben Russland diese Resolution abgelehnt. Das zeigt die Isolation, in die Präsident Putin sein Land getrieben hat.

Wir begrüßen die weltweite beispiellose Solidarität mit der Ukraine und die Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Die Ukraine hat nach Art. 51 der Charta der VN das Recht zur Selbstverteidigung, und wir stehen dazu, dass es in dieser Lage angemessen ist, die Ukraine materiell und ideell dabei zu unterstützen.

Wir begrüßen die seit langem überfällige Distanzierung der Landesregierung vom Projekt Nordstream 2 und den Aktivitäten der zu dessen Unterstützung gegründeten sogenannten „Stiftung für Klima- und Umweltschutz“. Wir fordern Vorstand und Geschäftsführung der Stiftung auf, alle Tätigkeiten für die Stiftung einzustellen und die zur Ruhigstellung des Widerstands gegen das Projekt vorgesehenen Mittel der Stiftung, soweit sie bereits geflossen sind, nicht auszugeben, bis ein Weg zur endgültigen Abwicklung der Stiftung gefunden ist. Wir werden es nicht damit bewenden lassen. Wir fordern volle Transparenz über alle Aktivitäten der Stiftung und die Hintergründe ihrer Gründung.

Der Angriff auf die Ukraine hat bereits mehr als eine Million Menschen zur Flucht aus der Ukraine vor allem in die osteuropäischen Nachbarländer bewegt. Wir sind froh über die riesige Hilfsbereitschaft in Polen, Ungarn, Rumänien, der Slowakei und der Republik Moldau. Die Ukraine ist ein buntes Land, das sich unter anderem vielen afrikanischen Studierenden geöffnet hat. Wir wünschen uns deshalb, dass bei der Hilfe keine Unterschiede nach Hautfarbe und ethnischer Herkunft gemacht werden. Alle Kriegsflüchtlinge verdienen Unterstützung und Hilfe.

Wer vor Krieg und Gewalt flieht, ist bei uns willkommen. Wer Schutz sucht, findet bei uns in Mecklenburg-Vorpommern Sicherheit und, wenn gewünscht, auch

ein neues Zuhause. Die Hilfsbereitschaft im Land ist beeindruckend. Aber es wird notwendig sein, diese bald mit professionellen Strukturen zu untersetzen bzw. bestehende Hilfsstrukturen zu stärken, um Erschöpfung zu vermeiden. Der ersten Hilfe muss Beratung, Betreuung und Integrationsunterstützung folgen. Dazu müssen Land und Bund Fördermittel wieder aufstocken. Auch bei uns darf es keine Unterschiede zwischen ukrainischen Staatsbürger:innen und Menschen aus Drittstaaten geben. Die Integration muss auch besser als in den vergangenen Jahren Konfliktpotenziale im Blick haben.

Das sichere Leben im eigenen Land kann all das nicht ersetzen. Deshalb bleibt es dabei: Die Souveränität der Ukraine ist nicht verhandelbar. Putin muss die Angriffe auf die Ukraine sofort einstellen. Das fordern wir mit mehr als Zweidrittel aller Staaten der Welt.

Frieden und Unabhängigkeit für die demokratische Ukraine!